



Transkript zum Podcast „Wenden bitte!“: „Wie viel Klimaschutz können Kommunen?“

Einstieg und Vorstellungsrunde	2
Einspieler (Kurzer Themenüberblick)	3
Rolle der Kommunen beim Klimaschutz	3
Eigene Klimaziele von Kommunen	5
Unterschiede in Kommunen	6
Kommunale Wärmeplanung	7
Bürgerbeteiligung	9
Finanzierung und Förderungen	10
Flächenkonkurrenz	11
Politische Rahmenbedingungen für kommunalen Klimaschutz	13
Ausblick und Schluss	14

Einstieg und Vorstellungsrunde

Nadine Kreuzer

Herzlich willkommen ihr Lieben. Wir sind wieder da mit einer neuen Folge von „Wenden, bitte!“. Hier gibt es immer die geballte Expertise der Wissenschaftler*innen vom Öko-Institut und wir versuchen immer, viele Themen rund um die nachhaltige Transformation für euch abzudecken. Das geht querbeet und wir freuen uns deshalb auch immer über euer Feedback, dass ihr uns über viele Kanäle zusendet. Ganz lieben Dank dafür noch mal. Auf Spotify zum Beispiel könnt ihr sogar in der App direkt eure Frage stellen und das versuchen wir natürlich dann auch immer zeitnah zu beantworten. Und auch über Social Media und per E-Mail sind wir immer für euch erreichbar: podcast@oeko.de.

Ich bin Nadine Kreuzer, Moderatorin und Journalistin und den direkten Draht ins Öko-Institut haben wir durch dich, Mandy Schoßig. Du leitest dort die Kommunikation.

Mandy Schoßig

Ja genau. Hallo auch von mir. Ich freue mich, dass das heute wieder weitergeht mit „Wenden, bitte!“. Und unser Thema heute ist der kommunale Klimaschutz. Also stellt euch mal vor, eure Stadt will bis, sagen wir mal, 2035 klimaneutral sein. Klingt ja super. Und dann merkt man aber, die Straßen sind immer noch voll mit Autos, das Rathaus kämpft mit knappen Kassen. Und dann bleibt ja die Frage: Schaffen wir das wirklich hier vor Ort?

Nadine Kreuzer

Und beim Klimaschutz, da denken ja viele zuerst an die große Politik in Berlin oder auch in Brüssel. Aber am Ende muss Klimaschutz eben im Kleinen bei uns direkt vor der Haustür passieren, in unseren Städten und in unseren Gemeinden. Und deswegen wollen wir heute mal wissen: Was läuft denn auf kommunaler Ebene schon ganz gut? Was bremst auch? Und auch vor allen Dingen: Was brauchen die Städte und Gemeinden, um beim Klimaschutz so richtig durchzustarten?

Mandy Schoßig

Ja, und dafür habe ich uns heute unsere Kollegin aus Freiburg, Tanja Kenkmann, eingeladen. Tanja forscht und berät zu kommunalem Klimaschutz und kennt deshalb die Chancen, aber auch natürlich die Herausforderungen für die Kommunen aus nächster Nähe. Hallo Tanja, schön, dass du da bist.

Nadine Kreuzer

Hallo Tanja. Kommunaler Klimaschutz, das ist eins deiner wichtigen Themen am Institut. Wieso liegt dir das so am Herzen?

Tanja Kenkmann

Ja, ihr habt es schon gesagt: Klimaschutz muss auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Wir beraten ja auch viel die Bundesregierung oder auf EU-Ebene, aber letztendlich können Vorgaben, Klimaziele, die zum Beispiel durch den Bund oder die EU beschlossen werden, nicht erreicht werden, wenn nicht die Kommunen mitziehen. Und deshalb ist das eben so wichtig, auch immer wieder diesen Blick in die lokale Ebene zu haben und zu schauen, welche Probleme treten denn da auf, wenn wir Bundesinstrumente, also Instrumente der Bundesregierung, umsetzen möchten. Und

wenn wir das nicht tun, dann geraten wir ganz schnell in die Gefahr, dass wir eben weit weg von den Menschen Instrumente beschließen. Wir müssen halt immer die Umsetzung vor Ort im Auge behalten und das passiert halt in den Kommunen. Und die Kommunen sind deshalb sehr wichtige Akteure und deshalb liegt mir das auch so sehr am Herzen.

Mandy Schoßig

Ja, und eine deiner ersten Studien, die du auch für Kommunen gemacht hast, war ja in Freiburg. Du bist ja selbst auch in Freiburg. Einmal die Frage: Wann war das und hat sich auch seitdem was verändert, vielleicht? Das ist ja jetzt auch schon ein bisschen her. Wie ist so dein Blick da drauf?

Tanja Kenkmann

Genau, die erste Studie, die ich hier am Institut für Kommunen gemacht habe, das war 2011. Die hieß damals Klimaneutralitätsstrategie. Ich weiß es gar nicht mehr ganz genau. Jedenfalls Freiburg 2050. Und wir sehen schon, dass der Zeithorizont noch ein anderer war. Wir haben noch von Klimaneutralität 2050 gesprochen und trotzdem war es natürlich eine sehr wichtige Studie.

Und was sich seitdem geändert hat: Im Prinzip sind die Maßnahmen, die Kommunen umsetzen können und sollten, die sind bekannt. Also die technischen Maßnahmen sind im Prinzip in den letzten Jahrzehnten oder auch in den letzten zehn, 15 Jahren beschrieben worden. Die sind bekannt. Es geht jetzt wirklich darum, auch in die Umsetzung zu kommen, dass wir eben auch die Vorhaben oder die Maßnahmen, die eben beschrieben sind, auch in der Breite umsetzen können. Und das hat sich im Wesentlichen geändert und natürlich sind die Ziele ambitionierter geworden.

Nadine Kreuzer

Hier bei unserem Podcast „Wenden!“ geht es ja auch darum, alle mit ins Boot zu holen. Deswegen tauchen wir noch mal kurz ein in das Thema kommunaler Klimaschutz.

Einspieler (Kurzer Themenüberblick)

Bund und Länder beschließen Klimaziele und Maßnahmen für verschiedene Sektoren. So ist klar, dass der Verkehr seine Emissionen reduzieren muss, die Industrie auf CO₂-neutrale Alternativen umsteigen und die Wärmeversorgung fossilfrei werden muss. Doch viele der Maßnahmen müssen auf lokaler Ebene umgesetzt werden, also durch die Kommunen und die Bürger: innen vor Ort. Derzeit gibt es rund elf. 000 Städte und Gemeinden in Deutschland. Überall gilt es, individuelle Lösungen für die notwendigen Transformationen zu entwickeln, sei es beim Wohnraum, in Unternehmen oder der Mobilität. Trotz lokaler Besonderheiten kämpfen die meisten Kommunen mit den gleichen Herausforderungen? Wie gestalten wir Klimaschutz, der sozial verträglich ist und alle mitnimmt? An welcher Stelle können Bürger: innen beteiligt werden? Und wie bekommen wir die nötige politische Unterstützung, die es für effektiven Klimaschutz braucht?

Rolle der Kommunen beim Klimaschutz

Mandy Schoßig

Du hast es eben gerade schon gesagt, Kommunen spielen eine ganz große Rolle beim Klimaschutz auf der Ebene der Umsetzung. Vielleicht kannst du uns noch mal ein bisschen mit reinholen ins Thema: Welche Rolle haben denn die Kommunen beim Klimaschutz?

Tanja Kenkmann

Ja, verschiedene Rollen. Das eine ist, Kommunen haben selber Gebäude und auch Fuhrparke, die sie klimaneutral gestalten können, also Gebäude sanieren, mit erneuerbaren Energien versorgen, den eigenen Fuhrpark umstellen auf Elektromobilität, vielleicht mehr auch klimafreundliche Mobilität nutzen bei den Mitarbeitenden. Das ist halt das eine, also die eigenen Zuständigkeitsbereiche.

Das nächste sind dann über kommunale Infrastrukturen, kommunale Eigenbetriebe oder Gesellschaften, wie Stadtwerke oder Mobilitätsbetriebe oder auch kommunale Wohnungsbaugenossenschaften, eben da Klimaneutralität zu unterstützen. Also die Stadtwerke können Wärmenetze bauen oder dekarbonisieren, die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften ihre Gebäudebestände sanieren und die Mobilitätsbetriebe den ÖPNV ausbauen und so weiter. Das ist auch eine ganz wichtige Rolle und Handlungsmöglichkeit.

Und weiter geht es dann über Planungen. Kommunen haben eine Reihe von Planungshoheiten. Also über die Stadtplanung, Mobilitätsverkehrsplanung können die Kommunen eben klimafreundliche Alternativen forcieren. In der Planung für erneuerbare Energien Flächen bereitzustellen, auch ganz wichtig.

Und das Vierte ist dann eher die Rolle des Motivators, denn natürlich haben wir trotzdem noch eine ganze Menge Zielgruppen oder die Bevölkerung, die im Einzelnen oder auch die Unternehmen von der Kommune motiviert werden können, Klimaschutz umzusetzen. Aber da hat die Kommune eben keinen direkten Handlungszugriff, sondern kann eben nur motivieren oder mit eigenen Förderprogrammen und Beratungsangeboten und so weiter unterstützen.

Nadine Kreuzer

Du hast jetzt auch viele Sachen aufgezählt, die im Möglichkeitsbereich der Kommunen liegen oder bei der Umsetzung. Und was können sie nicht, als dass man mal sieht, wo die Grenzen liegen?

Tanja Kenkmann

Also wie ich schon sagte, sie können eben nicht den Unternehmen oder auch den Bürger*innen vorschreiben, zum Beispiel, wie sie jetzt ihre Wärme erzeugen oder welche Verkehrsmittel sie nutzen. Das sind eben Rahmenbedingungen, die müssen vom Bund geregelt werden. Da hat eben die Kommune nicht die Regelungskompetenz, zu sagen - bleiben wir mal bei dem recht unpopulären Beispiel des Heizungsgesetzes - die Kommune kann dabei nicht sagen: „Wir machen jetzt in unserer Kommune ein Verbot von Gasheizungen.“ Die Kompetenz hat die Kommune eben nicht. Das muss vom Bund kommen.

Das Gleiche trifft eben auf die Mobilität zu. Der Umstieg im Großen auf Elektromobilität, das ist tatsächlich eine Kompetenz, die beim Bund liegt und die vom Bund kommen muss. Ich möchte auch noch mal dazu sagen, wir reden immer von Kommune, aber natürlich ist die Kommune nicht die Kommune, denn es gibt ganz unterschiedliche Ämter in den Kommunen, die unterschiedliche Zielstellungen haben. Dabei gibt es auch Zielkonflikte.

Und wenn wir über Klimaschutz in Kommunen reden, dann reden wir meistens von den Klimaschutzämtern, aber es gibt auch andere Ämter, die immer noch nicht so stark den Klimaschutz auf dem Schirm haben. Und da gibt es auch teilweise fehlende Kompetenzen. Also das Klimaschutzamt oder das Umweltschutzamt, was dann oft auch zuständig ist für den Klimaschutz, das hat eben auch auf kommunaler Ebene nicht die Gestaltungskompetenz, dass es eben Entscheidungen pro Klimaschutz durchdrücken kann.

Eigene Klimaziele von Kommunen

Mandy Schoßig

Und dann gibt es ja manchmal aber auch so Kommunen, die so vorpreschen. Die decken sich ihre Klimaziele bis 2035 oder bis 2045. Du hast jetzt ja gerade schon ein bisschen angerissen. Vielleicht kannst du noch mal ein bisschen ausführen. Also wo stehen die Kommunen da im Vergleich zum Bund? Weil wir haben uns ja als Deutschland Klimaziele gesetzt. Wie kommt da Freiburg ins Spiel mit eigenen Klimazielen? Vielleicht kannst du uns das mal ein bisschen aufdröseln.

Tanja Kenkmann

Vielleicht ganz kurz zur Geschichte: Diese sehr ambitionierten Klimaziele, die sich viele Kommunen gestellt haben, das war ja oft eine Folge von Bevölkerungsinitiativen oder eben von Druck von der Straße, ganz kurz gesagt. Wenn wir uns mal erinnern, vor Corona hatten wir eine sehr starke Fridays–For–Future–Initiative und die Kommunen haben von ihrer Bevölkerung den Druck bekommen, eben ambitioniertere Klimaziele sich zu geben.

Das wurde dann auch oft in den Stadträten durchgesetzt, sodass es jetzt eben eine ganze Reihe Kommunen gibt, eben mit den, wie du sagtest, sehr ambitionierten Zielen. 2030 gibt es sogar, 2035, 2040.

Generell muss man sagen, dass die Kommunen kaum die Möglichkeit haben, diese Ziele tatsächlich zu erreichen, weil sie eben gar nicht diese Regelungskompetenz haben, jetzt auch in ihrem Gebiet, auf ihrem Territorium eben besser zu sein als der Bund. Das geht im Prinzip nicht, da die Kommunen sehr stark abhängig von den Regelungen, die der Bund vorgibt. Also nehmen wir mal als Beispiel den Bundesstrommix, dass der gesamte Strom in Deutschland letztendlich aus erneuerbaren Quellen erzeugt wird. Das kann die Kommune eben nicht auf ihrer Ebene bewirken, sondern ist eben davon abhängig, was der Bund entscheidet.

Mandy Schoßig

Wieso kann das die Kommune eigentlich nicht entscheiden? Also wenn man weiß, in Freiburg wird so und so viel Strom verbraucht, beispielsweise von allen Bürgerinnen und Bürgern und Gewerbe und Industrie und wer da alles so ist. Und dann sagt die Stadt: „Okay, wir bauen auch so viele erneuerbare Anlagen, dann sorgt ja Freiburg dafür, dass so viel Strom auch produziert wird, der dann auch verbraucht wird.“

Tanja Kenkmann

Also das stimmt, das war jetzt ein schlechtes Beispiel. Letztendlich ist es so, dass wir nach unserer Meinung die Kommunen eben mit dem Bundesstrommix bilanzieren sollten und eben nicht mit dem vor Ort erzeugten Strom, weil wenn wir uns das auf Bundesebene angucken, zu einer Doppelzählung kommen von erneuerbaren Kapazitäten.

Deshalb sieht die kommunale Treibhausgasbilanzierung eben vor, mit dem Bundesstrommix zu bilanzieren. Aber trotzdem ist es sinnvoll, dass eben Kommunen auch mit ihrem selbsterzeugten erneuerbaren Strom zusätzlich da auch Bilanzen erstellen, eben zu zeigen, wie weit sie eben schon mit einer Eigenversorgung sind. Wobei ich auch da die Position habe, dass es nicht gelingen wird, dass die Großstädte in Deutschland sich eigenständig oder selbst mit erneuerbaren Energien versorgen. Wir haben halt ein Stromsystem und es ist durchaus sinnvoll, auch wirtschaftlich sinnvoll, zu sagen, dass wir eben im ländlichen Raum mehr erneuerbaren Strom erzeugen, als es im Stadtgebiet möglich ist. Nichtsdestotrotz sollten auch die Städte oder die Kommunen ihre Potenziale, die sie haben, beim erneuerbaren Strom ausnutzen. Das ist sehr wichtig.

Mandy Schoßig

Das heißt, es ist schon eher so das große Ganze, auf das man gucken muss und nicht, was macht die eine Kommune beim Strom und die andere, sondern Strom ist eben auf Bundesebene anzugucken. So kann man es zusammenfassen, oder?

Tanja Kenkmann

Ja, genau. Wobei es auch so Sinn macht, dass die Kommunen selber auf ihr Territorium gucken und das zusätzlich auch bilanzieren.

Unterschiede in Kommunen

Nadine Kreuzer

Und wenn man sich Deutschland jetzt mal als großen Flickenteppich anguckt, wie sind da so die Unterschiede zwischen den einzelnen Kommunen? Kann man sagen, Stadt-Landgefälle, Ost-West oder Größe, hast du das im Blick als Expertin, dass man sagt, die haben es einfacher, bei denen geht es schneller oder hier ist es schwierig?

Tanja Kenkmann

Also generell muss man sagen, dass es kein Benchmarking-System oder so gibt, wo man auf einen Blick sehen kann, wo zum Beispiel die Kommunen jetzt online irgendwelche Werte eingeben und dann kommt da so ein Ranking. Allerdings ist das vielleicht auch gar nicht unbedingt wünschenswert, da das ja auch demotivierende negative Effekte haben kann. Also um deine Frage zu beantworten: Es gibt so eine Übersicht nicht. Man kann jetzt nicht sagen, wer jetzt besser ist, wer schlechter.

Es gibt sehr viele Kommunen, die sehr, sehr ambitioniert und gut dabei sind, die Vorreiterkommunen sind, die einzelne innovative Projekte haben, ambitionierte Ziele. Man kann sagen, dass kleine Kommunen das in der Regel schon ein bisschen schwerer haben, weil sie halt eine sehr viel kleinere Verwaltung auch haben, weniger Fachkompetenz in der Verwaltung, eher generalisierte Kompetenzen. Also die haben eben oft keine Klimaschutzbeauftragten oder

Klimaschutzmanager*innen, während große Kommunen das eben oft haben. Also es gibt eigentlich keine Großstadt in Deutschland ohne kommunales Klimaschutzmanagement.

Gleichzeitig haben halt Großstädte andere Herausforderungen. Dadurch, dass die Verwaltung so breit ist, müssen vielmehr auch intern Menschen mitgenommen werden. Es gibt vielmehr konkurrierende Ziele, obwohl auch das kann es in kleinen Kommunen geben. Also wir haben mal eine Analyse gemacht, dass kleine Kommunen noch weniger aktiv sind im Klimaschutz, aber generell kann man das nicht sagen.

Wir haben zum Beispiel auch eine Analyse gemacht, ob die Aktivität im Klimaschutz mit der Verschuldung der Kommunen zusammenhängt oder nicht. Auch das ist nicht der Fall. Man könnte jetzt sagen, es gibt Kommunen, die sind stark verschuldet und stehen unter Haushaltsvorbehalt, die machen in der Regel sehr viel weniger im Klimaschutz. Aber auch das stimmt nicht. Es gibt auch Kommunen, die unter Haushaltsvorbehalt stehen und trotzdem sehr ambitioniert jetzt Klimaziele haben und auch sehr viel machen im Klimaschutz. Also ich glaube, der wichtigste Indikator oder die wichtigste Voraussetzung ist wirklich das persönliche Engagement, die Persönlichkeiten vor Ort, die Klimaschutz dann eben wirklich auch voranbringen.

Mandy Schoßig

Also du hast ja gerade schon gesagt, es gibt so Vorreiterkommunen. Was machen die genau?

Tanja Kenkmann

Ja, also wenn wir jetzt mal hier in Baden–Württemberg bleiben, dass man neue Quartiere, die halt entwickelt werden, eben als klimaneutrale Quartiere entwickelt. Wie es jetzt in Heidelberg zum Beispiel passiert ist mit dem Bahnquartier. Die Dekarbonisierung von Wärmenetzen, große Projekte in der Abwärmenutzung, so was, aber auch Verkehrsprojekte, der Ausbau des ÖPNV, eine zusätzliche Tramstrecke zu bauen, das ist sehr aufwendig, teuer, aber auch planerisch sehr aufwendig, mit sehr belastenden Baumaßnahmen verbunden. Aber auch das eben zu machen, weil es langfristig sinnvoll ist. Das wären ein paar Beispiele. Dabei war es jetzt Freiburg, aber es gibt auch andere Kommunen, die da gute Projekte, Vorreiterprojekte haben.

Kommunale Wärmeplanung

Nadine Kreutzer

Kannst du auch noch mal für uns so ein bisschen ins Detail gehen zur kommunalen Wärmeplanung? Also was bedeutet das eigentlich genau und wie wird das umgesetzt beziehungsweise wer setzt das dann um?

Tanja Kenkmann

Genau, die kommunale Wärmeplanung ist eine Planung auf kommunaler Ebene, wo sich die Kommune ansehen soll und analysieren soll, wie sie die Gebäude ihrer Stadt am effizientesten und nachhaltigsten mit Wärme versorgen kann. Also das Ergebnis sollte sein, dass Gebäudeeigentümer*innen das dann wissen, wenn diese Planung vorliegt. Das ist dann ein konkreter Plan auch mit Quartieren und Gebäuden und Straßenzügen. Und da soll dann eben ablesbar sein, ob in einem bestimmten Quartier oder in einem bestimmten Straßenzug sich ein Wärmenetz zum Beispiel rechnen könnte vom Wärmebedarf her oder ob es eher sich nicht rechnen

würde oder ob es dann eher auf eine dezentrale Wärmeversorgung hinausläuft und wie die dann eben aussehen könnte. In der Regel sind das dann Wärmepumpen, die in diesen Quartieren ohne Wärmenetz installiert werden sollten.

Mandy Schoßig

Das ist jetzt erst mal ein Plan, sozusagen. Wenn es dann an die Umsetzung geht, wie geht das dann da weiter?

Tanja Kenkmann

Also es gibt auch in diesem Plan noch viele Quartiere, wo eben die Entscheidung noch gar nicht fest steht, also wo es noch unsicher ist, ist das eher ein Wärmenetz oder eher eine dezentrale Versorgung mit Wärmepumpen. Der Plan, der muss dann eben in die Umsetzung gehen und das ist die Herausforderung, vor der die Kommunen dann stehen, wenn die Planung abgeschlossen ist. Die Frage, wer das macht. Natürlich sollte es die Kommune sein.

Allerdings braucht es auch da noch sehr viel Unterstützung, denke ich, da Kommunen vor allem, wenn eben kein Stadtwerk da ist, bisher wenig mit Energieversorgung zu tun hatten. Es gab immer Anbieter, Energieversorgungsunternehmen, die das sichergestellt haben und auf einmal muss die Kommune sich halt selbst damit beschäftigen. Sie müssen dann Personal aufbauen oder noch mal Aufträge vergeben, da in die Umsetzung kommen, dann eben zu sagen: „Okay, jetzt haben wir hier ein Gebiet, da könnte ein Wärmenetz wirtschaftlich sein.“ Und dann muss es eben weitere Analysen geben: Ist es wirklich wirtschaftlich? Wer könnte das betreiben? Denn nicht immer liegt das auf der Hand. Also nicht immer ist ein Stadtwerk da, was es auch umsetzen möchte. Dann ist eben die Frage: Wer kann dann stattdessen so ein Wärmenetz betreiben?

Nadine Kreutzer

Aber Tanja, da gibt es auch bestimmte Fristen, oder? Bis die Kommunen solch einen Plan aufgestellt haben müssen.

Tanja Kenkmann

Genau. Also die Großstädte, die größeren Städte bis 2026 und Kleinstädte dann bis 2028.

Nadine Kreutzer

Das ist ja im nächsten Jahr schon 2026 und das klang bei dir eben auch so: „Ja, und das fehlt noch hier und da fehlt noch was.“ Ist das also überhaupt umsetzbar?

Tanja Kenkmann

Also ich denke, die Erstellung der Pläne, da sind die Kommunen sehr gut dabei, vor allem auch die Größeren. Viele haben das oder einige haben das auch schon vorher gehabt, bevor das Bundesgesetz in Kraft getreten ist. Es wird sicherlich bei den kleineren Kommunen eine ganze Reihe geben, die da Schwierigkeiten haben werden, die Frist bis 2028 zu schaffen. Ich denke, die Großen werden das dann überwiegend geschafft haben. Die Frage ist dann aber wirklich: Was können wir machen, dass die nicht in der Schublade verschwinden? Denn die Umsetzung der Wärmepläne ist erst mal nicht verpflichtend.

Mandy Schoßig

Ist es bei der Wärmeplanung auch ein Thema, dass Bürger*innen sich da beteiligen, also dass sie da auch in diesen Prozess eingebunden werden?

Bürgerbeteiligung

Tanja Kenkmann

Ja, also Bürgerbeteiligung ist gerade im Klimaschutz und auch bei der Wärmeplanung immer ein wichtiger Aspekt, wobei wir verschiedene Arten der Beteiligung sehen. Das eine ist eben das, was du gerade angesprochen hast. Dass man eben die Menschen bei der Planung beteiligt, also bei der Erstellung oder auch bei der Erarbeitung von Maßnahmen. Oder was vielleicht auch einige Menschen kennen, sind so Beteiligungshaushalte, wo eben die Menschen in einer Gemeinde oder in einer Stadt beteiligt werden oder gefragt werden, wofür sie die Haushaltsmittel gerne ausgeben möchten, dann bestimmte Dinge priorisieren können, die aus ihrer Sicht wichtig sind und dass der städtische Haushalt da Mittel für ausgibt. Das ist eine Möglichkeit, dann auch stärker in die Umsetzung zu gehen.

Aber was zum Beispiel wichtig ist, ist die finanzielle Beteiligung. Also es gibt ja diverse Ergebnisse aus Studien, dass, wenn die Menschen sich auch an der Energiewende konkret finanziell beteiligen können – und das trifft eben auch auf die Wärmenetze zum Beispiel zu –, dass dann die Akzeptanz größer ist. Und deshalb ist das eben auch ein wichtiger Punkt der Beteiligung.

Mandy Schoßig

Und bei diesen Beteiligungshaushalt – das finde ich ja total spannend – wie läuft das ab? Also werden die Bürger*innen ausgewählt oder kann sich da jeder beteiligen? Kann man dann ankreuzen: Also Verbreiterung Bürgersteige, ja. So ein Wärmenetz, nein, ich habe hier meine Gasheizung. Also wie funktioniert das praktisch und wie sehen die Ergebnisse aus? Also ist das dann was, wo ihr als Wissenschaftler*innen sagen würdet: „Ja, kann man so machen, oder wird es schlechter, wenn Menschen mitreden? Das frage ich mal ein bisschen provokativ.“

Tanja Kenkmann

Also generell muss man sagen, der Beteiligungshaushalt hat nicht nur den Fokus auf Klimaschutz oder erneuerbare Energien, sondern es betrifft den gesamten städtischen Haushalt. Wie genau der abläuft, das kann unterschiedlich sein. Oft sind es so online Beteiligungen, dass eben bestimmte Politikfelder und Maßnahmen, wo städtische Gelder reinfließen, vorgegeben sind. Und die Menschen können das denn irgendwie gewichten, können sagen, wie wichtig ihnen das ist, können aber auch oft eigene neue Vorschläge machen, die dann auch gewichtet werden können. Und das Ergebnis? Ja, inwieweit das dann in das kommunale Entscheidungshandeln eingeht, das ist dann Sache der Kommune. Das kann ich so abschließend gar nicht beantworten. Verpflichtend ist es sicherlich nicht, aber ich glaube, die meisten Kommunen, die nehmen das dann schon auch mit und versuchen, das zu berücksichtigen.

Nadine Kreutzer

Tanja, wie sieht es aus mit Energiegenossenschaften? Kannst du uns das noch mal erklären? Was ist das genau? Was bedeutet das und inwiefern kann das hilfreich sein? Stichwort Bürgerbeteiligung.

Tanja Kenkmann

Ich hatte vorhin schon kurz gesagt, dass es oft ein Problem ist, Betreiber auch zum Beispiel für ein Fernwärmenetz zu finden und eben auch die Finanzierung dafür zu finden. Und Energiegenossenschaften sind halt ein Weg, der relativ häufig jetzt auch schon gegangen wird, wo aber sicherlich auch noch viel Potenzial ist. Energiegenossenschaften sind halt Zusammenschlüsse von Menschen, von Bürger*innen, aber auch die Kommune kann sich da beteiligen, eventuell sogar auch Unternehmen, wo eben gemeinsam das Geld aufgebracht wird für ein Fernwärmenetz zum Beispiel und die Genossenschaft dann auch als Betreiber fungieren kann.

Nadine Kreutzer

Wie viele Energiegenossenschaften gibt es da schon? Also wie kann man sich das vorstellen?

Tanja Kenkmann

Ich weiß, dass es schon im vierstelligen Bereich Genossenschaften aus dem Strombereich gibt. Also da kennen wir das eben schon länger, dass es Bürgerenergiegenossenschaften gibt zum Betrieb von Photovoltaikanlagen oder auch von kleinen Wasserkraft- und sogar auch von Windkraftanlagen. Da gibt es schon sehr, sehr viele.

Bei den Wärmenetzen, da ist das was, was jetzt erst kommt. Also das fängt jetzt an, eben auch durch die kommunalen Wärmeplanungen sicherlich befördert. Da fängt es jetzt an, auch ein Thema zu werden. Man muss sagen, dass Wärmenetze sehr viel komplexer sind als zum Beispiel eine PV-Anlage oder eine Freiflächen-PV-Anlage oder so, weil sie sind einfach technisch komplexer, sie haben viele Abnehmer, sie sind auch wirtschaftlich vom Betrieb her komplexer. Beim Strom, da gibt es halt eine Anlage, die besteht aus verschiedenen PV-Modulen und es gibt einen Abnehmer. Oder so ist es ja häufig, das wird dann halt eingespeist, so war es in der Vergangenheit häufig. Das ist vom Betrieb her sehr viel einfacher umzusetzen als so ein Wärmenetz, was vom Bau auch sehr viel komplexer ist.

Aber es kommt jetzt und es ist sicherlich eine Aufgabe der Zukunft, da auch solche Initiativen stärker zu unterstützen, damit wir da auch privates Kapital mobilisieren können, was ein ganz wichtiger Baustein ist, um die Wärmepläne umsetzen zu können.

Finanzierung und Förderungen

Mandy Schoßig

Okay, wenn du sagst, bei der Finanzierung muss man sehen, wie bestimmte Projekte finanziert werden – du hast gerade über Bürger*innenfinanzierung, Mitfinanzierung gesprochen –, was sind denn sonst noch Möglichkeiten, wo Kommunen Förderung oder Ähnliches bekommen können?

Tanja Kenkmann

Also eine ganz klassische Finanzierung ist natürlich, dass das Stadtwerk finanziert, aus Eigenmitteln oder eben über Kredite und Eigenmitteln – genau das ist das eine – da sind die Stadtwerke aber oft limitiert, weil sie einfach sehr viele finanzielle Herausforderungen mit der Energiewende haben, die sie erfüllen müssen. Ja, und natürlich stellt der Bund auch eine ganze Reihe Fördermittel zur Verfügung. Das heißt, es gibt im Wesentlichen ein großes Förderprogramm zur Förderung von Wärmenetzen, was eben auch Kommunen oder die Betreiber, die dann im Auftrag der Kommunen oder im Auftrag der Stadtwerke diese Netze entwickeln, in Anspruch nehmen können. Also Förderung ist schon auf jeden Fall essentiell. Auch Wärmenetze, die von Energiegenossenschaften jetzt zum Beispiel betrieben werden oder initiiert und betrieben werden sollen, können eigentlich nur zusätzlich mit Förderung wirtschaftlich laufen. Also Förderung ist ganz wichtig.

Mandy Schoßig

Und reichen da die Mittel aus deiner Sicht, die es jetzt schon gibt? Oder würdest du sagen, da bräuchte es eigentlich noch mehr?

Tanja Kenkmann

Was man abschätzen kann, ist, dass der Finanzierungsbedarf sehr, sehr hoch sein wird und deshalb kann man eigentlich sagen, dass mehr Finanzierung oder Fördermittel sicherlich auf jeden Fall hilfreich wären.

Flächenkonkurrenz

Nadine Kreutzer

Dann jetzt noch mal eine andere Frage, und zwar zum Stichwort „Flächenknappheit. Das ist ja auch ein ganz großes Problem. Vielleicht auch ganz kurz von dir als Expertin noch mal erklärt. Flächennutzung, was steht da in Konkurrenz und wo liegen die Möglichkeiten? Oder was sind da auch die Hindernisse, wo es vielleicht manchmal nicht so gut vorangeht?

Tanja Kenkmann

Generell kann man sagen, dass auf kommunaler Ebene das Problem des Flächenverbrauchs oft noch gar nicht so sehr im Fokus der Politik steht. Wir haben ja ein bundesweites Flächenziel, also ein Flächenverbrauchsziel, was aber anders als das Klimaziel bis jetzt nicht gesetzlich verankert ist und deshalb auch noch kaum irgendwie adressiert wird.

Klar, wir haben Ansprüche, Anforderungen an erneuerbare Energien, aber dafür gibt es ja die Flächennutzungspläne, wo eben verschiedene Flächennutzungen festgelegt werden und dann eben auch Flächen für erneuerbare Energien ausgewiesen werden sollen. Was ich eben ganz klar kritisch sehe, das ist so die Tendenz der aktuellen Bundesregierung und auch der letzten Bauministerin, die immer sehr stark auf den Neubau fokussiert haben.

Neubau als Lösung unserer Wohnungsprobleme, das sehe ich eben gar nicht. Also immer weiter neue Wohngebiete auszuweisen, das erhöht eben diesen Flächenverbrauch sehr, sehr stark, hat sehr starke negative Auswirkungen auf die Biodiversität, auf den Wasserhaushalt, auf das Mikroklima. Also da gibt es sehr viele konkurrierende Umweltziele, die eben eigentlich einer immer

stärkeren Flächennutzung und Versiegelung entgegenstehen. Neubaugebiete fürs Wohnen, die führen auch immer zu mehr Verkehr. Oft liegen die ja doch irgendwie am Stadtrand und erhöhen dann wieder den Pendelverkehr, da die Menschen ja irgendwie dahin kommen müssen und dann oftmals doch das Auto nehmen.

Also ich denke, wir werden ohne Neubau auch in den Großstädten mit den Agglomerationsräumen, wo wir sehr, sehr große Wohnungsprobleme haben, kaum auskommen. Allerdings muss man schauen, was gebaut wird. Das ist eben ein ganz wichtiger Aspekt.

Mandy Schoßig

Und was können Kommunen dann tun? Also wie können sie dann anders handeln?

Tanja Kenkmann

Ja, stärker in die Innenverdichtung gehen, gucken, was man im bereits bebauten Raum noch besser und effizienter nutzen kann. Auch da gibt es eben eine ganze Menge Möglichkeiten und es gibt einige Möglichkeiten, wozu wir hier am Institut auch seit längerer Zeit arbeiten. Das sind Fragen der effizienten Wohnraumnutzung. Wir haben eine sehr ungleiche Verteilung von Wohnraum. Der Wohnraum, der schon da ist, der schon gebaut ist, wird oft sehr ineffizient genutzt. Es wohnen wenige Menschen auf sehr großen Flächen und gleichzeitig haben wir eben diese sehr starke Wohnungsnachfrage, die dann zu sehr großen Neubautätigkeiten führt. Und da müssen wir eben stärker einen Ausgleich schaffen, dass wir eben den bereits bebauten Raum besser nutzen können.

Mandy Schoßig

Und ich warte ja immer noch auf die Überbauung dieser vielen Supermärkte mit diesen tollen großen Parkplätzen. Die, finde ich, kann man auch noch gleich überbauen. Da gab es doch tatsächlich vor ein paar Jahren mal so Ansätze und das ist dann eingeschlafen. Also ich weiß nicht genau, woran es liegt. Ich weiß nicht, ob du es jetzt sagen kannst, aber das fände ich ja auch toll, wenn einfach über dem Supermarkt – ich sage jetzt mal keinen Namen – einfach noch so ein fünfstöckiges Haus stehen würde.

Tanja Kenkmann

Ja, das wäre auf jeden Fall sinnvoll. Man muss vielleicht berücksichtigen, dass solche Supermärkte oft nicht für die Ewigkeit gebaut sind. Also die, die jetzt schon stehen, die haben so gerade nicht Wohngebäude in diesem Einzelhandelsbereich. Also diese Supermärkte, die haben oft eine relativ geringe Lebensdauer. Also die sind nicht wie Wohngebäude, dass die nach 100 Jahren dann auch stehen oder nach 50 oder so. Da wird dann halt sehr schnell mal neu gebaut. Und wir müssten das jetzt schon sehr früh berücksichtigen. Also es dürften jetzt keine solche Supermärkte mehr gebaut werden. Das ist eher die Frage: Die, die jetzt bestehen, okay, dann wartet man vielleicht noch zehn, 20 Jahre, bis die dann eh wieder ersetzt werden. Aber die, die jetzt gebaut werden, das darf eigentlich überhaupt nicht mehr sein.

Das ist überhaupt ein Problem, dass in dem, was aktuell noch geplant wird, diese vielen Dinge, die wir wissen, eben zum Beispiel effiziente Flächennutzung auch durch Bauen in die Höhe anstelle von eingeschossigen Supermärkten, das wird eben nicht berücksichtigt. Es werden trotzdem noch solche Fehler, sage ich mal, gemacht und solche Bebauungen durchgeführt, obwohl wir wissen, dass die aus Umweltsicht nicht sinnvoll sind.

Mandy Schoßig

Das ist ja so eine Hürde, Wir hatten ja schon hier und da mal die Hürden gestreift. Also wie kommt das tatsächlich in die Umsetzung und auch auf welcher Ebene?

Politische Rahmenbedingungen für kommunalen Klimaschutz

Tanja Kenkmann

Ja, wobei das jetzt ein Beispiel ist, wo die Kommunen durchaus die Entscheidungskompetenz haben, weil so was ist ja Bestandteil der Stadtentwicklungsplanung und da könnten sie eben Bebauungspläne so auslegen, dass das so was nicht mehr möglich ist. Da haben sie tatsächlich die Handlungsspielräume.

Was sie eben nicht haben, ist zum Beispiel, das können sie nicht vorschreiben, wie jetzt dieses Gebäude beheizt wird. Wenn das ihr eigenes Grundstück ist, können sie das den Investoren, die auf diesem Grundstück dann bauen oder die das Grundstück kaufen, den können sie das vorschreiben über Verträge. Aber wenn das eben nicht ihr Grundstück ist, dann haben sie keine Einflussmöglichkeit, jetzt zu sagen: „Okay, ihr baut da jetzt neu. Jetzt aber bitte mit einer erneuerbaren Heizung.“ Das muss vom Bund kommen.

Nadine Kreutzer

Okay. Und wäre es manchmal hilfreicher, wenn das Umweltamt in einer Kommune mit dem Bauamt sich gut versteht und beide haben Nachhaltigkeitsmanagement, das wunderbar funktioniert und dann könnte so was eher in die Umsetzung gehen? Denn du hast vorhin gesagt, das steht oft auch in Konkurrenz, oder die einen sind auf dem Nachhaltigkeitstrack oder Klimaschutztrack und die anderen eher gar nicht. Wäre das hilfreicher, wenn das Hand in Hand ginge?

Tanja Kenkmann

Ja, das ist auf jeden Fall eine Voraussetzung, dass es Hand in Hand ginge. Aber was wir bräuchten, das wäre den kommunalen Klimaschutz als Pflichtaufgabe zu implementieren in Deutschland. Weil dann alle Verwaltungsbereiche in der Kommune diese Aufgabe hätten, Klimaschutz umzusetzen und in ihrer Abwägung, welche Ziele sie primär verfolgen oder vorrangig verfolgen, würde eben der Klimaschutz da eine ganz große Rolle spielen.

Mandy Schoßig

Klimaschutz als Pflichtaufgabe, das finde ich ganz gut. Aber wie viel politischen Willen braucht es denn dafür? Also das ist auch so eine Frage, die ich mir stelle. Da gibt es jetzt X Kommunen, sind ja wahrscheinlich auch nicht wenige, die sich solche Ziele gesteckt haben. Andere machen das vielleicht nicht, je nach Parteifarbe, die da regiert. Also was würdest du sagen, wie wichtig ist da dieser politische Wille in der Verwaltung?

Tanja Kenkmann

Ja, das ist ganz wichtig. Und du hast auch gerade angesprochen, dass es zwei wichtige Gremien gibt. Es gibt zum einen das demokratisch gewährte Gremium, den Stadtrat oder den Gemeinderat,

die natürlich letztendlich die Entscheidungskompetenzen haben und Entscheidungen treffen und eben zum Beispiel klimafreundliche Beschlüsse umsetzen können oder beschließen können. Und auf der anderen Seite gibt es die Verwaltung und den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin, die aber auch einen großen Einfluss haben, weil sie Dinge fachlich vorbereiten für den Stadtrat. Da ist es eben ganz wichtig, dass mindestens einer dieser beiden Gremien oder sehr großes Klimaschutz eine sehr große Rolle spielt und sehr stark und ambitioniert vertreten wird.

Nadine Kreuzer

Und wenn man jetzt aber als Bürger*in merkt, das geht nicht wirklich voran, ich will trotzdem was bewegen, also wie könnte man selbst, wenn der politische Rückhalt fehlt, aktiv werden? Und was glaubst du, was kann man damit ausrichten?

Tanja Kenkmann

Ja, was man damit ausrichten kann. Das haben wir an dieser Fridays–For–Future–Bewegung gesehen, die ja letztendlich durch den Druck von der Straße tatsächlich dann auch Mehrheiten in den Stadträten generieren konnten, sodass eben zum Beispiel diese Klimaziele umgesetzt wurden. Also man kann mit Druck von der Straße sehr viel erreichen. Momentan ist die Zeit nicht so, dass es da die Mehrheiten gibt. Da müssen wir daran arbeiten, dass das wieder anders wird. Aber man kann als Bürgerinitiative letztendlich sehr viel erreichen. Also eben auch die Abgeordneten oder die gewählten Vertreter*innen in den Stadträten zu überzeugen, da eben Positionen zu vertreten. Also die Einflussmöglichkeit der Menschen ist da. Allerdings müssen wir auch sehen, dass wir halt in einer Demokratie sind, wo es immer auch um Mehrheiten geht. Und wenn wir keine große Unterstützung haben, sondern kleine Gruppen, ist eben der Einfluss dann wieder geringer.

Mandy Schoßig

Was können Bund und Länder dann tun, die Kommunen zu stärken?

Tanja Kenkmann

Also Bund und Länder können klare Vorgaben machen. Eben der Klimaschutz als Pflichtaufgabe ist ein sehr wichtiger Punkt, denn dann haben wir nicht mehr diese Konkurrenz in der Kommune, dass der Klimaschutzmanager oder die Klimaschutzmanagerin immer den Bauamtskolleg*innen hinterherlaufen muss und sie bitten muss, Klimaschutz zu berücksichtigen, sondern dann müssen die das machen und freuen sich auch, wenn die Klimaschutzmanagerin sie dabei unterstützt, zum Beispiel.

Ganz wichtig ist aber auch die entsprechende Finanzierung, denn nur eine Pflichtaufgabe ohne Finanzierung wird nicht so viel bringen, bringt dann eher neue Probleme, denn natürlich kostet Klimaschutz und die freiwilligen Aufgaben von Kommunen sind auch in der Regel nicht finanziert. Deshalb ist es so wichtig, dass wir da auch eine Finanzierung haben, dass wir Klimaschutz als Pflichtaufgabe immer gemeinsam oder zusammen mit der Finanzierung denken.

Ausblick und Schluss

Nadine Kreutzer

Tanja, du beschäftigst dich seit 20 Jahren mit Klimaschutz in den Kommunen und du hast ja auch zum Beispiel diese Wegmarken genannt, wie 2026 oder 2028, wenn die Kommunen ihre Pläne fertig haben sollen. Wird man dann nicht auch irgendwann ungeduldig, weil man merkt, es geht alles so im Schnecken tempo voran und der Klimawandel ist aber auch in vollem Gang. Wie bleibt man da zuversichtlich und wie zuversichtlich bist du selbst, dass in der Fläche was bewirkt werden kann?

Tanja Kenkmann

Wir hatten schon Zeiten, wo ich das gemacht habe, wo man sehr schöne Fortschritte hatte und sehr motiviert war. Nicht nur auf kommunaler Ebene, auch auf nationaler Ebene. Momentan ist das eher schwierig. Trotzdem gibt es immer wieder viele kleine Schritte, wo wir hoffen, durch unsere Arbeit auch dazu beizutragen, dass das Klima kommunaler Klimaschutz weiter erfolgreich umgesetzt werden kann. Das sind so Sachen wie soziale Aspekte, worüber wir gesprochen haben mit der Beteiligung. Wie nehmen wir die Menschen mit? Und da geht es mir auch darum, die Menschen mitzunehmen, die weniger Geld haben und die eben auch finanziell, zum Beispiel an der Energiewende zu beteiligen.

Und mit solchen Sachen, denke ich, können wir auch stärker wieder Akzeptanz schaffen. Das sind auch immer wieder spannende Fragestellungen, wo wir eben interessante, spannende Analysen und Studien machen, wo ich persönlich auch immer wieder denke: Ja, vielleicht können wir da doch noch was erreichen und immerhin auch unter den jetzt aktuellen Rahmenbedingungen dazu beitragen, dass das Thema weiterverfolgt wird. Das motiviert mich auch immer wieder.

Mandy Schoßig

Okay, dann darfst du zum Schluss noch mal die Schuhe wechseln. Von der Wissenschaftlerin zur Bundeskanzlerin. Also du bist jetzt die, die das Ruder herumreißt und deswegen unsere Abschlussfrage als Bundeskanzlerin Tanja Kenkmann: Was würdest du für den kommunalen Klimaschutz tun?

Tanja Kenkmann

Ja, also ich würde tatsächlich den Klimaschutz für Kommunen als Pflichtaufgabe festschreiben, also als Aufgabe der Daseinsvorsorge, und die Kommunen damit verpflichten, eben auch aktiv Klimaschutz umzusetzen und ihnen auch entsprechende finanzielle Mittel da zur Verfügung stellen.

Denn ich bin überzeugt, dass wir nur so letztendlich wirklich die klimaneutralen Kommunen flächendeckend erreichen können.

Nadine Kreutzer

Danke schön, liebe Tanja, für die Einblicke und deine Expertise zum Thema kommunaler Klimaschutz. Vielen Dank. Da haben wir doch sehr viel mitgenommen, oder?

Mandy Schoßig

Absolut. Also ich habe gelernt, Kommunen sind Schlüsselakteure beim Klimaschutz, ob es um die Flächenplanung geht, die natürlich noch mit anderen Themen verbunden ist, oder die kommunale

Wärmeplanung, oder auch wie wir uns fortbewegen. Also wenn man das nicht macht, dann bleibt Klimaschutz nur so ein hohles Wort.

Nadine Kreutzer

Ja, und wir haben auch dazu gelernt, dass viele Städte und Gemeinden natürlich schnell an ihre Grenzen stoßen, sei es jetzt beim Geld, bei der Förderung, auch beim Personal, eben den Menschen, die sagen: Ich mache jetzt hier Klimaschutzmanagement mit Leib und Seele und es gibt natürlich auch die ganzen rechtlichen Vorgaben. Und Klimaschutz im Rathaus heißt ja oft: Viele wollen, aber wenig können.

Mandy Schoßig

Ja, aber es tut sich ja auch viel. Tanja hat ja erzählt, es gibt viele gute Beispiele auch für Beteiligung, für innovative Lösungen. Energiegenossenschaften haben wir angesprochen, Quartiersprojekte. Und ich glaube, wenn da die richtigen Rahmenbedingungen stimmen, dann können die Kommunen schon viel bewegen.

Nadine Kreutzer

Ja, und auch das mit der zivilgesellschaftlichen Beteiligung ist wichtig. Hast du auch noch mal Mut gemacht, Tanja. Das ist gut, dass selbst ihr nicht den Kopf in den Sand steckt und sagt, da geht noch was.

Mandy Schoßig

Genau. Und deswegen ist es, wie ich finde, nicht nur eine Aufgabe der großen Politik, sondern auch weiterhin für jeden von uns.

Nadine Kreutzer

Ach ja, also gut. Dann schauen wir doch mal, wie es weitergeht und sprechen uns noch mal nächstes Jahr, 2026.

Mandy Schoßig

Zum Reality Check. Auf jeden Fall erst mal vielen Dank, Tanja, für deine ganzen Einblicke.

Und zum Schluss schauen wir natürlich noch, wie immer, auf die nächste Folge. Dann geht es um den Europäischen Emissionshandel. Der EU-Emissionshandel soll ja die Emissionen der großen Energie- und Industrieanlagen in Europa regulieren, also sprich natürlich senken. Und wir fragen: Wie funktioniert der eigentlich genau? Was bringt der? Und wie muss er vor allem für die nächsten Jahre ausgestaltet sein, damit die klimaschädlichen Treibhausgase in der EU sinken können.

Nadine Kreutzer

Ich liebe das Thema Emissionshandel und bin sehr gespannt. Da bin ich ganz scharf drauf. Aber das wird eine spannende Folge, auf jeden Fall, denn wir haben wieder einen Experten dann dabei, der schon mal hier war. Genau, das erste Mal. Und wir werden ihn da natürlich ausquetschen, denn

das ist ein sehr wichtiges Thema. Also bleibt uns weiterhin gewogen und wenn ihr mögt, bewertet uns auch gerne, schickt uns eure Fragen oder Anmerkungen an unsere E-Mail: podcast@oeko.de.

Mandy Schoßig

Und ich möchte mich heute vor allem mal bei unserem Team bedanken, die hier die ganzen Vor- und Nachbereitungen leisten. Also vielen Dank an Lukas Marx, der uns technisch supportet und den Schnitt macht. Danke an Marie Dippold und das ganze Team von 4000 Hertz natürlich und an meine Kollegin Hannah Oldenburg, die die ganze Vor- und Nachbereitung und die Redaktion macht. Danke und bis zum nächsten Mal. Tschüss. Macht's gut!